

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 6

Artikel: Eine Dokumentation : Handlungsspielräume ausnützen
Autor: Werder, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340743>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Handlungsspielräume ausnützen

Von Hans Werder

Die SP darf für sich in Anspruch nehmen, dass sie schon sehr früh die Bedeutung der Energiepolitik für die Erhaltung der Umwelt und für die gesellschaftliche Entwicklung erkannt hat. Mit dem im Jahre 1977 vorgelegten «Konzept für eine neue Energiepolitik» hat die SP als erste der grossen Parteien Postulate aufgestellt wie rationelle Energieverwendung, Ausstieg aus der Atomenergie, Förderung alternativer Energien, neue Tarifstrukturen usw. Auf der Grundlage dieses Konzeptes hat die Partei in den letzten zehn Jahren eine Themenführerschaft in der Energiepolitik übernommen.

Die am 15. April 1989 in Solothurn durchgeführte Tagung «Kommunale und kantonale Handlungsspielräume in der Energiepolitik» hatte zum Ziel, diese Themenführerschaft auszubauen und die energiepolitische Sachkompetenz der Partei weiter

zu erweitern. Der intensive Erfahrungsaustausch zwischen den rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, der an der Tagung stattgefunden hat, lässt die Erwartung zu, dass dies gelungen ist.

Auf Bundesebene wird seit den Zeiten der Gesamtenergiekonzeption – die entsprechende Kommission wurde vor 15 Jahren eingesetzt – über die richtige Energiepolitik gestritten. Zwar sind inzwischen einige praktische Fortschritte erzielt worden, doch existiert nach wie vor keine klare und griffige Energiepolitik des Bundes. Die jüngsten Entscheide der eidgenössischen Räte zum Energieartikel lassen sogar daran zweifeln, ob es auf Bundesebene je eine Energiepolitik gibt, die diesen Namen verdient (vergleiche dazu die Artikel von Elmar Ledergerber, Eduard Kiener und Ursula Mauch).

Es besteht heute die Gefahr, dass sich die SP zu stark auf die blockierte Energiepolitik auf Bundesebene konzentriert und dabei die Kantone und Gemeinden vergisst. Gerade auf kommunaler und kantonaler Ebene sind aber in den letzten zehn Jahren beachtliche energiepolitische Fortschritte erzielt worden. Die Artikel von René Bärtschi und Martin Lenzlinger zeigen, dass in den Gemeinden und Kantonen grosse Handlungsspielräume für eine aktive Energiepolitik bestehen.

An der Solothurner Tagung wurde in fünf Arbeitsgruppen intensiv über die bisherigen Erfahrungen und die zukünftigen Möglichkeiten kommunaler und kantonaler Energiepolitik diskutiert. Die Tagung hat klar gezeigt, dass die SP gewillt ist, die energiepolitischen Handlungsspielräume in den Gemeinden und Kantonen auszunützen.

lichen Parteien üben sich derweil im Hornbergerschiessen. Ich will das an drei Beispielen kurz illustrieren:

1. Energieartikel

Nach der Katastrophe von Tschernobyl wäre die Einführung eines Stromspargesetzes politisch möglich gewesen. Um so etwas zu verhindern, lancierte die Elektrizitätswirtschaft flugs die Idee, man solle jetzt nicht einen einzigen Energieträger angehen, sondern gründlich und breit angelegt eine Energiepolitik aufziehen. Es sollte ein neuer Anlauf für einen Bundesverfassungsartikel ge-

nommen werden und erst nach dessen Annahme durch das Volk ein Energiespargesetz erarbeitet werden. Es ging – man merkt's und ist sauer – einerseits um Zeitgewinn und andererseits wusste man, dass so während rund zehn Jahren unzählige Möglichkeiten für Störmanöver und Verwässerung offen stehen. Wir haben das vorläufige Ende der Geschichte dieses Frühjahrs miterlebt: Nachdem der BV-Artikel im Nationalrat noch einigermaßen ungeschoren durchkam, wurde er vom Ständerat sozusagen enthauptet. Er enthält in der übriggebliebenen Form keine neuen Kompetenzen mehr. Der Nonsens wür-

de zur Verfassungsnorm erhoben. Das Zerstörungswerk wurde wesentlich von den CVP-Ständeherrn inszeniert, den Angehörigen jener Partei also, die sich als dynamische Mitte verstehen möchte und die sowohl in den Regierungsparteiengesprächen wie im Legislaturprogramm der Öffentlichkeit weismachen will, sie trete für eine vernünftige, aktive Energiepolitik ein. Die CVP muss sich endlich entscheiden, ob sie als zuverlässiger und verantwortlicher Partner dastehen will, ob sie eine erkennbare und vernünftige politische Linie einhalten kann oder ob sie als *Jekami-Verband reaktionärer Hinterlandfürsten*